

Paul Oehlke Probleme der Marxismusdiskussion in der Bundesrepublik

Das alte Thema von der Krise des Marxismus macht wieder Schlagzeilen. Von ihr sprechen gegenwärtig allerdings weniger die bürgerlichen Meinungsmacher als marxistisch orientierte Intellektuelle in der Bundesrepublik. So fand auf dem Soziologentag in Berlin (West) im April 1979 eine Veranstaltung zu dieser Thematik statt, die auf ein kaum zu erwartendes Interesse stieß. Es hat seinen verborgenen Grund in der eher resignativen Selbstreflexion einer von der Studentenbewegung der späten 60er Jahre geprägten Intelligenz, deren mühsam erkämpften Mitbestimmungsrechte, progressiven bis marxistischen Studieninhalte und didaktischen Konzeptionen wie des „forschenden Lernens“ gleichsam mit einem Federstrick zunichte gemacht werden. Und das nicht nur durch den liberal-konservativen Bürgerblick, sondern auch durch eine sozial-liberale Koalition. Sie betreibt zugleich im Interesse des westdeutschen Exportkapitals ein neoklassisch eingefärbtes Krisenmanagement mit der Folge anhaltender Massenarbeitslosigkeit. Es scheint sich in politischer Hinsicht auch auf die westeuropäischen Nachbarn zu erstrecken, die bisher von sozialistischen Experimenten abgehalten werden konnten. Entsprechend tritt die Strategie des „historischen Kompromisses“ der italienischen Kommunisten auf der Stelle, ist die „Linksunion“ in Frankreich vorerst gescheitert, rollt die portugiesische Revolution schon längst zurück. Für den offenbar gestörten Zusammenhang von kapitalistischer Krise und politischer Offensive der sozialistischen Kräfte sind aber auch innenpolitische Faktoren verantwortlich: die komplexen gesellschaftlichen Integrationsmechanismen in entwickelten kapitalistischen Industriestaaten und die unzureichende sozial-emanzipatorische Praxis der traditionellen Arbeiterbewegung, die neue gesellschaftliche Problemfelder wie der Individualität, der sozialen Beziehungen und Umwelt noch nicht adäquat verarbeitet. Gerade unter dem Primat der Praxis scheinen ihre Defizite auch auf eine Krise der marxistischen Theorie hinzudeuten.

Angesichts der allgemeinen Erfahrung gesellschaftlicher Perspektivlosigkeit versucht die in Arbeiterparteien, politischen Sekten und theoretischen Zirkeln isolierte Linke in der Bundesrepublik aus ihrem Ghetto auszubrechen (Blanke 1979). Halbherzig bis überschwenglich schließt sie sich neuen sozialen Bewegungen wie für Frauenemanzipation und gegen Kernkraftwerke an. Durchaus in der Kontinuität der hedonistischen Impulse der antiautoritären Bewegung propagieren sie alternative Formen der individuellen und sozialen Entfaltung in einer natürlichen Umwelt. Im noch tastenden Vorgriff auf befreitere Lebensbedingungen zeichnet sich gleichermaßen eine Zersetzung kapitalistischer Wachstums- und Leistungsideologien wie tradierter Wertvorstellungen und Sozialisationsweisen ab. Die subjektive Weigerung signalisiert zweifellos akute Widersprüche, deren zunehmende Verschär-

fung ohne besondere prophetische Gaben prognostizierbar ist.

Dennoch erscheint es fraglich, ob von diesen noch keinesfalls massenwirksamen und politisch erst marginal umsetzbaren Tendenzen, wie es die letzten Wahlergebnisse der Grünen, Bünen und Alternativen Liten zeigen, eine radikale Kritik an den Arbeiterorganisationen berechtigt ist, auch wenn diese vielfach einen geradezu naiven Fortschrittsoptimismus an den Tag legen. Häufig verdrängt man den historisch erschließbaren Tatbestand, daß der eigene Bewegungsspielraum unlösbar mit der Existenz der Arbeiterbewegung verknüpft ist, die das entscheidende Bollwerk gegen die autoritäre Lösung gesellschaftlicher Krisen und Konflikte darstellt. Umgekehrt glaubt man sogar deren demokratische Integrationsfunktion als ein systemspezifisches Ordnungselement, frei nach dem früheren Schlagwort von der „repressiven Toleranz“ (Marcuse), entlarven zu können. Entsprechend vermag man in sozialen Errungenschaften wie der Tarifautonomie nur eine „Institutionalisierung des Klassenkonflikts“ zu erkennen. Am Ende avanciert die Arbeiterbewegung selbst zum entscheidenden Stabilisator kapitalistischer Produktionsverhältnisse. So kommt die theoretische Kritik auf die westdeutschen Verhältnisse herunter, die hinterücks die Krisenanalyse überwältigt haben.

Indem von den Entwicklungsbedingungen des kapitalistischen Systems und den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abstrahiert werden, geraten die Analyse des politischen Systems und der Geschichte der Arbeiterbewegung auf eine schiefe Ebene. Sie verlängert die aktuellen Probleme rückwärts in eine allgemeine Krise der Arbeiterbewegung schlechthin, die zweierlei zum Ausdruck bringen soll: einmal die Deformation nichtkapitalistischer bzw. sozialistischer Entwicklungswege in den weniger entwickelten Ländern, zum anderen in den entwickelten Industriestaaten eine generelle Unfähigkeit zu sozialrevolutionären Veränderungen. Reformismus und Stalinismus fungieren gleichsam als Kainsmale einer sozialrevolutionären Beschränktheit sozialdemokratischer und kommunistischer Politik samt den mehr oder weniger verbogenen (revisionistischen und leninistischen) Legitimationsideologien. Sie scheinen faktisch entweder auf eine reformkapitalistische oder eine „negative Integration“ hinauszulaufen. Hierfür sollen etwa die deutsche Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg und danach die KPD im Schlepptau der Kommunistischen Internationale stehen, deren taktische Wendungen eine despotische Industrialisierungspolitik in der Sowjetunion abdecken. So sehr sich auch der kommunistische und sozialdemokratische Flügel der Arbeiterbewegung unterscheiden mögen, sie erweisen sich in dieser Argumentationskette gleichermaßen als Fessel einer „sozialemanzipatorischen Dynamik“ in Gestalt der Räte und Produktionskontrolle, die als Formen einer alternativen Vergesellschaftung theoretisch abgewehrt oder taktisch inkorporiert werden (Spohn 1979).

Es soll gar nicht bestritten werden, daß diese hier nur grob umrissenen Argumentationsmuster, die in vielfältigen Abstufungen und Variationen auftreten, an realen Problemen der Arbeiterbewegung ansetzen: innerorganisatorischen Bürokratisierungs- und Zentralisierungstendenzen, der praktischen Trennung von Ökonomie und Politik, der institutionellen und rechtlichen Einbindung ihrer Apparate und Funktionäre, der Fixierung auf formelle Aspekte des bürgerlichen Parlamentarismus

und so fort. In deren Verabsolutierung laufen sie jedoch Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Diese steigt im Maße der methodischen Abstraktion von den realhistorischen Entwicklungsbedingungen und den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, die als bestimmende Momente in die konkrete Dialektik von Massenbewegungen, Organisationspraxis und Strategien eingehen. Schließlich schlägt die durchaus notwendige Kritik an organisatorischen Erstarrungen, reformistischen und stalinistischen Tendenzen wie an theoretischen Defiziten hinsichtlich politischer und sozialpsychologischer Prozesse um in eine zunächst nur bedingte, dann aber kategorische Ablehnung von Marxismus, historischer Tradition der Arbeiterbewegung und ihren organisatorischen Entwicklungsformen schlechthin (Pirker 1979, S. XXIII). Im nächsten Schritt leugnet man dann die gesellschaftsverändernde Potenz der Arbeiterklasse bzw. lohnabhängigen Bevölkerung. Übrigbleibt eine unabhängige Menge von Robinsons, die sich von Zeit zu Zeit in einem rauschhaften Taumel sozialer Emanzipatorischer Bestrebungen hineinfinden, bis dieser wieder von der unbarmherzigen Realität eingeholt werden.

In dieser Krise des Marxismus als Krise einer theoretischen Avantgarde droht jedoch der gerade von Althusser hervorgehobene produktive Aspekt der Krise: die Lösung dogmatischer Erstarrungen, verlorenzugehen (Althusser 1978). Statt einer Erneuerung, Vertiefung und Weiterentwicklung des Marxismus wie in Frankreich und Italien kündigt sich in der Bundesrepublik über seine abstrakte Relativierung bereits seine konkrete Preisgabe an. In der Differenz reflektiert sich ein unterschiedliches Niveau der sozialen Bewegung, deren Krebsgang hierzulande den Blick auf jene theoretischen, historischen und aktuellen Zusammenhänge der Konstitution der Arbeiterklasse zum historischen Subjekt verstellt, die nach wie vor entscheidende Grundlagen, Bedingungen und Formen gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse darstellen. Deshalb soll zunächst auf die systemspezifischen Bedingungen der Bewußtseinsentwicklung eingegangen werden, ehe die Reformismus- und Stalinismusproblematik wie die eurokommunistischen Strategieansätze zur Diskussion stehen.

1. Zur Organisationsfrage

Angesichts der Tendenz zu einer grundsätzlichen Kritik der gewerkschaftlichen und parteipolitischen Organisationen wie der historischen Tradition der Arbeiterbewegung insgesamt, denen eine mehr oder weniger spontane, dezentrale, basisdemokratische Dynamik entgegengestellt wird, erscheint es unerlässlich, auf die widersprüchliche Bestimmung des proletarischen Bewußtseins einzugehen, wie es etwa von Herkommer u.a. (1979) erneut skizziert worden ist. Sie unterscheiden die Erfahrungen von Ausbeutung, Fremdbestimmung und Herrschaft in der Produktion von denen in der Sphäre des Warentauschs, in denen Freiheit, Gleichheit und Eigentum vorzuherrschen scheinen. Der hier erweiterte Spielraum an individueller Autonomie bricht sich zwar an den beschränkten Einkommensmöglichkeiten, die aber den qualitativen Unterschied von bezahlter und unbezahlter Arbeit verhüllen. Auf der Lohnform

selbst beruhen nach Marx die beständig reproduzierten Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, an denen wiederum die bürgerlichen Rechts- und Staatsideologien anknüpfen können. Dieser formationsspezifische Herrschaftszusammenhang, der erst durch wissenschaftliche Analyse erschließbar wird, stiftet einen grundlegenden gesellschaftlichen Konsens, die spezifische Hegemonie der bürgerlichen Klasse (Altvater 1979), ohne daß die grundlegenden Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital aufgehoben sind.

Demnach produzieren die gesellschaftlichen Reproduktionsmechanismen eine soziale Integration, die sich mit der kontinuierlichen Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen gleichsam naturwüchsig verfestigt. Dafür zeichnen weniger zyklische Aufschwünge als längerfristige Prosperitätsperioden verantwortlich, deren sozialintegrativen Auswirkungen noch durch weltmarktspezifische Monopolstellungen nationaler Kapitale verstärkt werden können. Auf solch einer materiellen Grundlage verbreitert und vertieft sich das Geflecht bürgerlicher Institutionen, Ideologien, Lebensformen und individuellen Verhaltensweisen, die sich noch in folgenden Krisenperioden als gesellschaftliche Stabilisatoren erweisen. Das klassische historische Beispiel hierfür ist die britische Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die nach Engels neben einer verbürgerlichten Aristokratie eine verbürgerlichte Arbeiterklasse zu besitzen scheint. Umgekehrt entstehen in langfristigen Staginations- und Depressionsperioden, vor allem bei den schwächeren Gliedern des kapitalistischen Weltmarktes, wiederum sozialökonomische Bedingungen für eine stärkere Bewußtwerdung der fortdauernden Klassenwidersprüche. Entsprechend treten die Forderungen nach höheren Löhnen hinter denen nach gesellschaftlichen Eingriffen in das krisenproduzierende Profitsystem zurück, das bei autoritären Staatsformen Zuflucht sucht, wie es schon Marx in seinen historischen Frankreichanalysen nachwies. Es zeichnen sich verschärfte soziale und politische Auseinandersetzungen ab, über deren Formen und Inhalte, Verlauf und Ausgang eine Reihe von Faktoren wie der Entwicklungsstand des Gesamtsystems, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die Taktik und Strategie der kämpfenden Klassen entscheiden. Sie weisen auf die hier noch nicht geklärte Frage, wie sich die Arbeiterklasse aus ihrer systemspezifischen Verstrickung lösen und ein emanzipatorisches Bewußtsein entwickeln kann.

Der einzelne Arbeiter tritt dem Kapital als einer gesellschaftlichen Macht gegenüber, die bereits eine fortgeschrittene Enteignung der Produzenten von den Verwirklichungsbedingungen ihrer Arbeit voraussetzt. Insofern befinden sich die Arbeiter zwar in einer gleichen Klassenlage, die in der Konkurrenz um die knappen Arbeitsplätze jedoch noch kein solidarisches Handeln garantiert. Dies gewinnt erst eine materielle Grundlage in den spezifischen Bedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses, die eine kollektive Erfahrung von Ausbeutung mit sich bringen. Die großen Fabriken mit ihren Arbeitermassen werden zu den natürlichen Zentren des Widerstands gegen die großen und kleinen Gewalttaten des Kapitals (Briggs 1967, S. 6). Die spontanen Streiks, Massenversammlungen und Demonstrationen enthalten bereits organisatorische Elemente, ohne die sich kollektive Aktionen gar nicht durchführen lassen. Das gilt in gewissem Maße schon für die Teuerungsaufstän-

de, Maschinenzerstörungen, Brandschätzungen usw. der „vorindustriellen Massen“ (Rude 1977); mehr noch für die großen Pariser Klubs und patriotischen Gesellschaften in den Provinzstädten; die im Brennpunkt der politischen Praxis in der Großen Französischen Revolution stehen (Soboul 1977, S. 41 ff., 84 ff.). Im Unterschied zu diesen sporadischen Organisationsformen sind jedoch die in den neuen Industriestädten sich ballenden Arbeitermassen unter dem Druck des Kapitals gezwungen, stabile Assoziationen zu bilden: nicht nur um die Konkurrenz untereinander auszuschalten, sondern auch um die erreichten Erfolge überhaupt aufrechterhalten zu können. Und muß das sich im Verlauf einer Aktion entfaltende Solidarbewußtsein nicht wieder versickern, wenn die Arbeiter an ihre Arbeitsplätze und in ihr Privatleben zurückkehren? Es sei denn, daß es sich in einer kontinuierlichen Organisation niederschlagen kann (Mandel 1970, S. 162).

So führt ein langer Weg von den ersten Unterstützungs- und Widerstandskassen über die berufsgewerkschaftlichen Organisationsformen zu den großen Industriegewerkschaften unserer Tage, deren unerläßliche Funktion für den Konstitutionsprozeß der Arbeiterklasse etwa in dem systemtheoretischen Ansatz von Streeck (1979) vollständig verkannt wird. Sie sind keinesfalls nur „Elemente eines umfassenden Institutionensystems“, sondern stellen gegenüber der anarchischen Vergesellschaftungsdynamik des Profitmechanismus eine über diese hinausweisende bewußte Organisation materieller Interessen dar, die etwa in der Durchsetzung des Normalarbeitstages, der Sozialgesetzgebung, der Schulbildung und Gesundheitsvorsorge usw. eine völlig andere Vergesellschaftungslogik induzieren. Diese prinzipielle Differenz kommt in den jahrzehntelangen Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit dem Kapital und Staat zum Vorschein, die mit Aussperrungen und Koalitionsverboten, schwarzen Listen und Strafverfolgungen operieren, um die entstehenden Organisationen zu ersticken oder später wie im Faschismus zu zerschlagen. Auch wenn dies nicht gelingt, gibt es eine breite Palette gesetzlicher Einschränkungen des gewerkschaftlichen Handlungsspielraums, die vielfach Gewerkschaftstheoretiker dazu verleiten, rechtliche Regelungen überhaupt wie das Koalitions- und Streikrecht oder die Tarifautonomie als Mittel der Einfriedung des Klassenkonflikts mißzuverstehen (Bergmann u.a. 1975, S. 23 f.). Sie stellen jedoch das häufig vergessene Resultat langwieriger Klassenkämpfe dar, die sich zugleich auf das Demonstrationsrecht, die Pressefreiheit, schließlich das allgemeine Wahlrecht, also auf die demokratische Republik als die spezifische Form sozialer Emanzipation erstrecken, wie es Thompson im Entstehungsprozeß der britischen Arbeiterklasse im einzelnen nachgewiesen hat (1968, S. 781 ff.). Im Zuge der Erlangung des allgemeinen Stimmrechts bildet sich eine eigene politische Vertretung auf der parlamentarischen Ebene, die im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien das demokratische Prinzip in die ökonomische Sphäre hineinverlagern, insofern auch die formspezifische Trennung von Staat und Gesellschaft aufheben will. Aus deren Widersprüchen beginnt die Arbeiterpartei (bzw. die Arbeiterparteien) im Kontext sich zuspitzender Klassenkämpfe schrittweise eine Perspektive gesellschaftlicher Transformation zu formulieren. In diesem Bewußtwerdungsprozeß übernehmen aufgrund der überkommenen Arbeitsteilung zwischen Kopf- und Handarbeit von der sozialen Herkunft her vor allem bür-

gerliche Intellektuelle eine zentrale Funktion, indem sie eine wissenschaftliche Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen liefern, die sich in der programmatischen Schärfung von Taktik und Strategie der Arbeiterbewegung niederschlagen kann.

Die historischen Lernprozesse der Arbeiter, ihre Formierung zu einer selbständig handelnden Klasse, ihr Klassenbewußtsein als eine historische Kategorie sind an die Gewerkschaften und Arbeiterparteien als Eckpfeiler eines breiten Kommunikationsnetzes gebunden, deren Entwicklung selbst das Resultat einer ganzen Epoche von Klassenkämpfen ist. Michael Vester hat diesen organisatorisch vermittelten Lernprozeß auf der Grundlage der Arbeiten von Cole, Hobsbawm und Thompson für die britische Arbeiterklasse in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Wolfgang Abendroth in seiner „Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung“ im Gesamtzusammenhang dargestellt.

Dieser läßt erkennen, daß aufgrund historischer, nationaler und weltpolitischer Konstellationen vielfältige Modifikationen auftreten – wie zwischen Gewerkschaften und Arbeiterparteien (z. B. in Deutschland), Spontaneität und Organisation (Rosa Luxemburg und Lenin), ökonomischen und politischen Konflikten, die sich von Anfang an unter dem Einfluß der bürgerlichen Revolutionen durchdringen. Die konkrete Geschichte macht erst offenbar, in welchem Ausmaß die proletarische Organisationswelt im Schnittpunkt der gesellschaftlichen Erfahrung und Praxis der Arbeiterklasse steht.

2. Zur historischen Tradition

Die historisch und theoretisch begründete Notwendigkeit der Gewerkschaften und Arbeiterparteien als materielle Bewußtseinsträger koppelt sie nicht von gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen ab, die von ihnen selbst mitbestimmt werden. Aber innerhalb eines kapitalistischen Systems, dessen Funktionsbedingungen wiederum in die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung hineinwirken und deren Spannungsverhältnis bestimmen. Beweisen in diesem Kontext nun Reformismus und Stalinismus ein prinzipielles Versagen von Arbeiterbewegung und Marxismus oder können auf ihrer Grundlage jene Phänomene erklärt, kritisiert und revidiert werden?

2.1 Zur Reformismusproblematik

Das Reformismusproblem hat sich historisch mit dem Zusammenbruch der Zweiten Internationale vor dem Ersten Weltkrieg, der Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten und der gewerkschaftlichen Burgfriedenspolitik zugespitzt. Dafür gibt es eine Reihe von plausiblen Erklärungen, die ohne Anspruch auf Vollständigkeit dargestellt werden sollen. So ist es durchaus gerechtfertigt, angesichts der antiimperialistischen Friedensresolutionen von Verrat zu sprechen. Ebensowenig ist es falsch, ein Vordringen des Revisionismus anzuführen, der

eingestandenermaßen Funktionäre wie Arbeitermassen ergriff (Deppe u.a. 1976, S. 94). Auch die Trennung von Ökonomie und Politik, die Lenin und Rosa Luxemburg unter den Stichworten des Trade Unionismus und parlamentarischen Kretinismus geißelten, hat sicherlich langfristig entpolitisiert gewirkt (Scharrer 1976, S. 114 f.). Hierbei mag wiederum eine Rolle gespielt haben, daß sich die Arbeiterorganisationen vor allem auf eine Massenbasis von qualifizierten Facharbeitern stützten (Brockhaus 1975, S. 81), aus deren Reihen sich freilich die revolutionären Kader in der Novemberrevolution rekrutierten. Dieses Problem löst auch nicht Lenins imperialismustheoretisch begründete Arbeiteraristokratietheorie; sie bezieht zwar eine zentrale Systemkonstellation ein, berücksichtigt aber nicht die sozialintegrativen Reproduktionsmechanismen, die vor den Arbeiterorganisationen nicht Halt machen. Dies gilt übrigens auch für von Oertzens noch sehr allgemeinen, zunächst durchaus plausiblen Hinweis auf den „zum Teil noch durch vor- oder frühkapitalistische Bedingungen bestimmten ökonomischen, sozialen und ideellen Zustand der deutschen Arbeiterklasse“, der nach ihm trotz marxistischer Programmatik eine revolutionäre Aktionsfähigkeit nicht ermöglichte, allenfalls das Etappenziel „einer demokratischen Republik“ auf die Tagesordnung stellte (FR vom 11. April 1979, S. 10). Ja, und die russische Revolution?

Die vorgeführten Erklärungsansätze kranken daran, daß sicherlich zutreffende Teilaspekte nicht in ihren systemspezifischen Zusammenhang eingebettet werden. Dieser wird von den bewußtseinsbestimmenden Bedingungen einer langfristigen Wachstumsphase bestimmt, in der lohn- und sozialpolitische wie rechtliche Erfolge nicht mehr als einen „streitbaren Ökonomismus“ (Kuczynski) ausdrücken müssen. So gelang es den britischen Arbeitern unter den Bedingungen des Industrie- und Weltmarktmonopols (und bald auch des Kolonialmonopols) nicht einmal ihre organisatorische Zersplitterung nach der Niederlage des Chartismus zu überwinden, geschweige denn die un- und angelernten Arbeiter zu organisieren oder gar eine politische Partei zu bilden (Oehlke 1974, S. 68 ff.). Und mußten ähnliche Entwicklungen nach der Großen Depression nicht auch in den anderen sich stürmisch industrialisierenden Staaten wie Deutschland eintreten, die sich zudem anschickten, den ganzen Erdball auszubeuten? Und bot diese imperialistische Expansion nicht auch einen fruchtbaren Nährboden für die nationalistischen und chauvinistischen Ideologien, die von zahlreichen Vereinen und Verbänden massenwirksam propagiert wurden? Mußte unter diesen Bedingungen trotz und wegen des organisatorischen Wachstums und der Wahlerfolge nicht eine mehr tagespolitisch orientierte Reformpraxis dominieren und ein immerhin noch bewahrter „orthodoxer Marxismus“ zur bloßen Verbandsideologie herabsinken, von seiner spezifischen Rezeptionsgeschichte, dem ökonomistisch-fatalistischen Mißverständnis der Marxschen Verelendungsthesen im Erfurter Programm und einem überhaupt um die Dialektik gebrachten naturgeschichtlichen Entwicklungsdenken einmal abgesehen (Abendroth 1967, S. 364 ff.; Steinberg 1972, S. 45 ff.).

Erst dieser Komplex von Theorieaneignung, politischer Praxis und systemspezifischen Entwicklungsbedingungen verhilft jenen Integrationstendenzen zur vollen Wirksamkeit, die auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft in den Arbeiterorga-

nisationen selbst angelegt sind. So gelingt es dem Kapital weitgehend, den gewerkschaftlichen und parteipolitischen Handlungsspielraum vor allem an der Nahtstelle des Klassenkonflikts einzuschränken: nämlich den Fabriken, deren Tore vor Demokratie, Arbeiterpartei(en) und möglichst auch den Gewerkschaften verschlossen bleiben. Sie existieren außerhalb der Produktionssphäre, wo sie im Zuge der sich erweiternden Aufgaben einen gegliederten Apparat herausbilden. Von ihm leben eine wachsende Zahl hauptamtlicher Funktionäre, die den Klassenantagonismus nicht mehr direkt am eigenen Leibe erfahren. Daher sind sie den sozialintegrativen Auswirkungen einer längeren Prosperitätsperiode ebenfalls, wenn nicht sogar noch stärker als ihre Kollegen in den Betrieben, ausgesetzt. So verstärkt sich die Tendenz zur Verselbständigung der Organisationsinteressen: die Aufrechterhaltung der Organisation um jeden Preis und ihre Verkümmern als Kampfinstrument. Dies erleichtert wiederum die verschiedenen Formen institutioneller, rechtlicher und politischer Integration in die bürgerliche Gesellschaft, die innerorganisatorische Bürokratisierungs- und Zentralisierungstendenzen, insbesondere aber die organisatorische Trennung von Ökonomie und Politik begünstigen, mit denen weitgehende ideologische Anpassungsprozesse einhergehen. So kann es zu einer Bewußtseinsverfassung kommen, die sich mit schrittweisen graduellen Reformen abfindet oder im Endpunkt selbst eine systemstabilisierende Rolle wie die westdeutsche Sozialdemokratie übernimmt. Der hier ansatzweise aufgezeigte Bedingungs-zusammenhang von ökonomischen und sozialen, politischen und ideologischen Faktoren kann die sich in vergleichbaren Konstellationen reproduzierenden Formen von „sozialliberal-integrativen“ und „linksreformistischen“ Reformismus erklären (Fülberth/Harrer 1974), denen eine „kooperative“ und „konfliktrische“ Politik auf gewerkschaftlicher Ebene entspricht (Bergmann u.a. 1975).

Der skizzierte gesellschaftliche Integrationszusammenhang beginnt sich mit den existentiellen Erfahrungen des imperialistischen Krieges wieder zu lockern, die von den Arbeitern und Soldaten zunehmend im Lichte der überkommenen marxistischen Programmatik, vor allem unter der katalysatorischen Fernwirkung der russischen Revolutionsprozesse, interpretiert werden. So kommt es im Unterschied zur sozialpartnerschaftlichen Praxis und institutionellen Einbindung der Organisationsapparate in die Kriegsmaschinerie zu einem anwachsenden Widerstand, der sich in Massenstreiks, in der Zersplitterung der Sozialdemokratie, schließlich in der Novemberrevolution niederschlägt, die Arbeiter- und Soldatenräte als die spezifischen revolutionären Massenorgane hervorbringt. Selbst diese aufflackernden Formen einer alternativen Vergesellschaftung stellen zum Teil noch eine späte, wenn auch ungewollte Frucht sozialdemokratischer Bildungs- und Organisationsarbeit dar, die allerdings ohne deren überwiegend anerkannten Apparate nicht geerntet werden kann. So entmächtigten sich die Räte als die spontan entstehenden Organe einer sozialemanzipatorischen Dynamik selbst! So konstitutiv diese für jeglichen revolutionären Prozeß sein mag, so notwendig sind für dessen Fortgang auch Taktik und Strategie, die nicht wie der „Heilige Geist“ über die in Bewegung geratenen Massen kommen. Denn die anfänglich nicht ins Gewicht fallenden Interessenunterschiede und ideologischen Differenzen sind keinesfalls eingebnet, sie spitzen sich vielmehr im Verlauf

der Klassenauseinandersetzungen zu, die eine zielgerichtete Bündelung der Massenaktivität zu einer Überlebensfrage machen. Ohne einen solchen Zylinder, um an Trotzki's Metapher aus seiner Geschichte der russischen Revolution zu erinnern, verpufft auch der stärkste Dampf. Die mobilisierten Massen zerfallen wieder in ihre einzelnen Elemente, wie es die französische Maibewegung so drastisch demonstriert hat. Ebenso war in der strikt basisdemokratischen Orientierung der Shop-Stewards-Bewegung gegen Ende des Ersten Weltkrieges schon ihr Scheitern angelegt. Während die Massen auf die Initiative der Führer warteten, warteten die Führer auf die Bewegung der Massen, die ohne politische Exekutive zwangsläufig zersplittern mußte (Kendall 1971, S. 142 ff.). Umgekehrt in Rußland, wo die Bolschewiki, vergleichbar den Klubs in der französischen Revolution, strategische Kristallisationskerne der revolutionären Massenaktivität bildeten. Unter deren Einfluß wiederum wandelte sich die unter den Bedingungen der Illegalität straff geführte Kaderpartei von Berufsrevolutionären in eine demokratische Massenpartei mit dem faktischen Recht auf Fraktionsbildung – eine Interaktion von Massen und ihren Räteorganen mit der bolschewistischen Partei und ihren Führern, die unter den historischen und weltpolitischen Rahmenbedingungen nicht aufrechterhalten werden konnte.

2.2 *Zur Stalinismusproblematik*

Der Stalinismus läßt sich adäquat nur von den spezifischen Bedingungen der Oktoberrevolution her erschließen, die freilich nicht zwangsläufig eine terroristische Industrialisierung zur Folge hatte. Es blieb den Bolschewiki jedenfalls nichts anderes übrig, als sich einer revolutionären Situation zu stellen, die Marx und Engels als eine Verschärfung innerkapitalistischer Widersprüche nur auf einer höchst allgemeinen Abstraktionsebene formulieren konnten. Der systemspezifische Konflikt zwischen sich entfaltenden Produktivkräften und zurückbleibenden Produktionsverhältnissen mit seinen Überproduktionskrisen und Klassenkämpfen verlagerte sich in der nationalstaatlichen Existenzweise des Kapitals nach außen: als ökonomisch-militärische Konflikte zwischen unterdrückten Kolonialvölkern und imperialistischen Mächten wie innerhalb dieser selbst um die Aufteilung der Erde. Der imperialistische Systemzusammenhang bedingte zwar eine allgemeine Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche, die aber entsprechend der Reformismusanalyse sozialrevolutionäre Prozesse nur in den schwächeren Kettengliedern des imperialistischen Systems ermöglichte. In dem „Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung“ begründete Lenin eine realhistorische Modifikation der marxistischen Revolutionstheorie, die sich bis in die Gegenwart hinein bestätigt hat, ob es sich nun um Lateinamerika, Afrika oder den Nahen Osten handelt.

Die siegreiche Oktoberrevolution brachte angesichts der scheiternden Revolutionsversuche in Westeuropa eine Reihe von Problemen für die Arbeiterbewegung und den Marxismus mit sich, die bisher weder praktisch noch theoretisch befriedigend gelöst sind. Sie kamen in der Sowjetunion etwa in den widersprüchlichen Lösungen vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“ (Stalin) und der „ursprüngli-

chen sozialistischen Akkumulation“ (Preobraschenski) zum Ausdruck, die den epochemachenden Widerspruch zwischen fortgeschrittenen, international vermittelten Klassenkämpfen und rückständigen nationalen Produktivkräften bezeichneten. Bereits deren Schwergewicht mußte den revolutionären Sprung „aus dem Gleichgewicht bringen, verändern und, bis zu einem gewissen Grad, auch in Frage stellen“ (Carillo 1977, S. 15), der zudem durch die militärische Intervention auswärtiger Mächte in den russischen Bürgerkrieg, die Heraufkunft faschistischer Regimes und die weltpolitische Isolierung ständig bedroht war. Die partei-, staats- und demokratietheoretischen Folgen dieser für eine unmittelbare sozialistische Transformation anomalen Konstellation liegen auf der Hand. Mit dem Chaos des Bürgerkriegs blieb eine Einparteienregierung zurück, die ihre innere Diskussionsfreiheit schrittweise einschränkte; die Notwendigkeit der Stabilisierung der Revolution geriet mit der Sowjetdemokratie in Konflikt, die schließlich der Parteidiktatur wich; der Gewaltcharakter der proletarischen Diktatur triumphierte schließlich über ihren demokratischen Inhalt. Das läßt sich schon in Lenins schwankender Fassung der proletarischen Diktatur erkennen, die er in „Staat und Revolution“ zunächst im Anschluß an Marx und Engels als demokratische Mehrheitsherrschaft rekonstruiert. Wenn er dann von einer Vorherrschaft der proletarischen Minderheit im Interesse der Mehrheit, schließlich von der absoluten Führungsrolle der proletarischen Avantgarde spricht, die sich nur noch auf nackte Gewalt stützen kann, wird eine theoretische Übersetzung der sich zuspitzenden Probleme der inneren Konsolidierung sichtbar: die nur in einigen Zentren konzentrierte Arbeiterklasse vermochte zwar im Bündnis mit großen Teilen der Landbevölkerung die morsche Machtstruktur des halbasiatischen, -feudalen und -kapitalistischen Landes (Bahro 1977, S. 98 ff.) zu zerschlagen; die proletarische Klassenbasis für den sozialistischen Aufbau war jedoch weitgehend im neuen Machtapparat: Rote Armee, Partei und Staatsorgane, absorbiert (Elleinstein 1977, S. 13 f.).

Unter diesen Bedingungen konnte die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft nicht der letzte Akt des Staates sein, der in der Folgezeit die spezifische Aufgabe der Entwicklung der Großen Industrie übernehmen mußte. Damit war die Möglichkeit, ja die Wahrscheinlichkeit einer Verselbständigung des Staates im Maße des Zerbrechens der revolutionären Klassenbündnisse gegeben. So lag dem von Stalin als Verschärfung des Klassenkampfes ideologisierten bürokratischen Terror realpolitisch die gewaltsame Kollektivierung der Landwirtschaft zugrunde – ein innerer Bürgerkriegszustand, der in den Massenterror der 30er Jahre führte. Ohne soziale und institutionelle Korrektive begann sich ein „allumfassendes System außerökonomischen Zwangs herauszubilden“ (Lorenz 1976, S. 183). Ein objektiv nicht notwendiger Exzeß der Macht, wie Werner Hofmann noch immer am schlüssigsten den Stalinismus charakterisiert: „Stalinismus ist ein spezifischer Opportunismus der Macht, auf der allgemeinen Grundlage einer proletarischen Gesellschaft. Seine soziale Bedingung ist die zeitweilige relative Verselbständigung der Führer von ihrer vorerst noch schwach entwickelten gesellschaftlichen Basis. Die erklärte Diktatur des Proletariats hat so für lange Zeit den Charakter einer stellvertretenden Diktatur angenommen, worin die Staatsgewalt ihren

eigentlichen gesellschaftlichen Trägern entfremdet gegenübertrat“ (Hofmann 1967, S. 39).

In dieser Definition kommt zugleich der transitorische Charakter des Stalinismus zum Vorschein, der sich zwar langsamer als erwartet, aber dennoch erkennbar in dem Abbau der Lager, der Dezentralisierung ökonomischer und politischer Entscheidungen, der Stärkung der betrieblichen und lokalen Organe der Selbstverwaltung usw. vollzieht. Diese Aspekte finden als Ausdruck der sozialistischen Potentialität der Sowjetunion bisher in großen Teilen der westdeutschen Linken zu geringe Beachtung, die zugleich die antifaschistische und antiimperialistische Bedeutung der Sowjetunion weitgehend verdrängt haben. Hierauf baute in der anhebenden Studentenbewegung gerade ein Verhältnis solidarischer Kritik, das einen allgemeinen Konsens begründete, woran H. Gollwitzer kürzlich erinnert hat (Das Argument 113, 1978). Gewiß haben der Einmarsch in die CSSR, die Ausbürgerung Biermanns und Inhaftierung Bahros dazu beigetragen, daß sich in dem notwendigen Protest hiergegen die Grenzen zum bürgerlichen Antikommunismus verschoben haben. Das deutet sich etwa in der ausgeführten Kampagne gegen die „Marburger Schule“ an, die vielfach nicht auf eine solidarische Auseinandersetzung mit fragwürdigen Aspekten ihrer Geschichtsschreibung zielt (Kammler u.a. 1979). Sie hat dem freilich im Maße Vorschub geleistet, wie Widersprüche innerhalb der Arbeiterbewegung verzeichnet und verharmlost wurden. Deren schonungslose Aufarbeitung ist im Interesse sozialer und politischer Lernprozesse, vor allem aber hinsichtlich größerer Handlungsfähigkeit der so zersplitterten westdeutschen Linken unerlässlich. Hierfür geben die Diskussionsprozesse in der westeuropäischen Arbeiterbewegung ein lehrreiches Beispiel.

3. Zur eurokommunistischen Strategie

Die eurokommunistische Synthese zwischen Demokratie und Sozialismus, die eine neue Aneignung der westeuropäischen Tradition einschließt (Anderson 1978), bleibt nicht bei einer negativen Abgrenzung vom Stalinismus stehen. Sie enthält auch die Einsicht, daß die eigene Existenz im Kontext der sozialistischen Oktoberrevolution zu begreifen ist, die am Anfang des säkularen Prozesses sozialer Revolution steht. In diesem Sinne stellt der sich entwickelnde „reale Sozialismus“ eine äußere Expansionsschranke für den Kapitalismus dar. Die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses ermöglicht vielfach erst ein weiteres Vordringen der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen (Kuba, Vietnam, Angola, Persien usw.). Zugleich engt sich der Spielraum für eine militärische Lösung, den kriegerischen Export der inneren Probleme ein, der durch die von der Sowjetunion wesentlich mitgetragene Entspannungspolitik ebenfalls beschränkt wird. Damit verliert aber auch der bürgerliche Antikommunismus als ideologisches Bindemittel der Freien Welt an Wirksamkeit, auch wenn er sich immer wieder an den nach wie vor gravierenden Problemen der „sozialistischen Gesetzlichkeit“, der eng gezogenen Grenze individueller und kollektiver Freiheitsrechte aufladen kann. Insofern wirkt die sozialistische

Welt in widersprüchlicher Weise in die kapitalistischen Industriestaaten hinein, die sich nach der langen Prosperitätsphase in einer Periode mit stärkeren Krisentendenzen befinden, die etwa Klaus Busch im Kontext der EG für England und Italien, Frankreich und Bundesrepublik im einzelnen nachgewiesen hat (1978).

Die sozialökonomischen Einbrüche seit den 60er Jahren haben Erschütterungen im politischen Herrschaftssystem und verschärfte soziale Auseinandersetzungen ausgelöst, die sich gemäß den besonderen nationalen Bedingungen in unterschiedlicher Weise entwickelt haben (Albers u.a. 1971). Dabei gingen die vorwiegend politisch geprägte Maibewegung in Frankreich wie die italienischen Fabrikkämpfe im Heißen Herbst zunächst mehr oder weniger an den großen kommunistischen Arbeiterorganisationen vorbei, ohne deren langfristige ideologische Wirksamkeit jedoch kaum die intensive Entwicklungsform der Massenstreiks, Betriebsbesetzungen, Produktionsverlangsamungen usw. zustandegekommen wäre. Auch wenn studentische Aktionen im französischen Mai gewissermaßen die Initialzündung gaben, einige Gruppen lokalen Einfluß im Heißen Herbst gewannen, standen in deren Mittelpunkt dennoch die gewerkschaftliche Basis und hier vor allem kommunistisch und sozialistisch organisierte Kollegen. In den sich zuspitzenden Auseinandersetzungen um die kapitalistische Arbeitsorganisation, Entlohnungsformen und Sozialleistungssysteme bildeten sich einheitliche gewerkschaftliche Basisorgane heraus: vor allem die Fabrikräte in Italien, aber auch in Frankreich die Gewerkschaftssektionen und in Großbritannien die Shop Stewards, die auf die großen Gewerkschaftsbünde mobilisierend, vereinheitlichend und demokratisierend wirkten. Die entstehenden räteähnlichen Gewerkschaftsstrukturen organisieren den Klassenkampf, die Kontrolle des Kapitals auf der Ebene der unmittelbaren Produktion, die im westdeutschen Betriebsverfassungsgesetz im sozialpartnerschaftlichen Sinne abgeschirmt wird. Zugleich ist in der „Rätegewerkschaft“ eine Verallgemeinerung, gesamtgesellschaftliche Umsetzung lokaler Erfahrungen und Erfolge gewährleistet, was bei einer gewerkschaftlichen Zersplitterung wie in Großbritannien nur schwer möglich ist (Trentin 1978). Produktion wie Distribution umgreifende gewerkschaftliche Organisationsformen stellen einen entscheidenden Terraingewinn der Arbeiterklasse dar, dem auf gesamtgesellschaftlicher Ebene erweiterte Strategien wie etwa der des „Historischen Kompromisses“ in Italien entsprechen. Das schließt keinesfalls aus, daß unzählige Fragen wie des Verhältnisses von Gewerkschaft und Partei, außerparlamentarischer und parlamentarischer Aktionen usw. noch nicht zureichend geklärt sind, daß sich Mißerfolge, auch Positionsverluste einstellen. Der Konstitutions- wie Entwicklungsprozeß der Arbeiterbewegung ist keine Einbahnstraße, auch wenn er an den historischen Vergesellschaftungsgrad des Kapitals gebunden bleibt, aus dessen Widersprüchen sich in der Gegenwart jedoch neue Ansätze einer „bestimmten Negation“ des kapitalistischen Systems zu entwickeln beginnen (vgl. Deppe 1979, S. 138 ff.; Neusüß 1978).

Noch unklare Taktiken und Strategien, die mangelnde Bündnisbereitschaft von Organisationsspitzen und eine gelähmte Masseninitiative einschließlich punktueller neuer sozialer Bewegungen deuten nicht nur auf unzureichende Entscheidungsprozesse und Organisationsstrukturen der Arbeiterbewegung, sondern auch auf veränderte Kräfteverhältnisse auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, auf eine neue

Offensive des Kapitals und der herrschenden Klassen. Sie versuchen im Zeichen einer rigorosen Austeritätspolitik zugleich verlorengangene gesellschaftliche Positionen zurückzugewinnen. Mit dieser über internationale Institutionen wie dem Weltwährungsfonds usw. vermittelten Strategie sind zugleich entdemokratisierende Tendenzen verbunden, wie sie sich etwa in der Bundesrepublik in der wirtschaftspolitischen Kompetenzverlagerung auf die Bundesbank zeigen, die enthoben dem Parteienstreit in der Legislative ihre rein „sachrationalen“ Entscheidungen treffen kann. Die gesellschaftliche Tendenzwende sollte aber nicht den Blick dafür verstellen, daß es den herrschenden großkapitalistischen Gruppen und ihren Funktionsebenen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat bisher nicht gelungen ist, den sozialen und politischen Terraingewinn der westeuropäischen Arbeiterbewegung nachhaltig zu schwächen. Noch die in ihr verstärkt aufbrechenden Diskussionen um die anstehenden Probleme, die mit der praktischen Einmischung sich geradezu potenzieren, legen ein Zeugnis für den umfassenden Erneuerungsprozeß ab, der erstmals seit dem antifaschistischen Widerstand wieder die Perspektive einer Aufhebung der Spaltung der westeuropäischen Arbeiterbewegung eröffnet. Dieser mit Rückschlägen verbundene Prozeß steht und fällt jedoch mit den Kämpfen um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, die in den verschiedenen strategischen Entwürfen durchaus konkrete Gestalt gewinnen.

Literatur:

- Abendroth, Wolfgang, Das Problem der Beziehungen zwischen politischer Theorie und politischer Praxis in Geschichte und Gegenwart der deutschen Arbeiterbewegung, in: ders., Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied 1967, S. 364 ff.
- Abendroth, Wolfgang, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1972
- Albers, D., W. Goldschmidt, P. Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek bei Hamburg 1971
- Althusser, Louis, Die Krise des Marxismus, Hamburg 1978
- Altwater, Elmar, Die bürgerliche Hegemonie, die „Logik der ökonomischen Sachzwänge“ und die Alternative der Arbeiterbewegung, in: Eurokommunismus und Theorie der Politik, Argument Sonderband 44, Berlin (West) 1979
- Anderson, Perry, Über den westlichen Marxismus, Frankfurt am Main 1978
- Bahro, Rudolf, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Frankfurt am Main/Köln 1977
- Bergmann, J., O. Jacoby, W. Müller-Jentsch, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1975
- Blanke, Bernhard, Krise der Linken – Krise des Marxismus, in: Die Linke im Rechtsstaat, Band 2: Bedingungen sozialistischer Politik 1965 bis heute, Berlin (West) 1979, S. 155 ff.
- Briggs, Asa, The Local Background of Chartism, in: Chartist Studies, hrg. von Asa Briggs, New York 1967, S. 1 ff.
- Brockhaus, Eckhard, Zusammensetzung und Neustrukturierung der Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg, München 1975
- Busch Klaus, Die Krise der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt am Main/Köln 1978

- Carillo, Santiago, Eurokommunismus und Staat, Hamburg 1977
- Deppe, Frank, Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg 1979
- Deppe, F., G. Fülberth, J. Harrer u.a., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1976
- Fülberth, G., J. Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1880 – 1933, Neuwied 1974
- Herkommer, S., J. Bischoff, P. Lohauß, K. Maldaner, F. Steinfeld, Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften. Arbeitsbedingungen, Lebensverhältnisse, Bewußtseinsänderungen und gewerkschaftliche Strategie 1945 – 1979, Hamburg 1979
- Hofmann, Werner, Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt am Main 1967
- Kammler, J., H. Krause, D. Krause-Vilmar, P. Oehlke, Kampagne oder Kritik? Zur Diskussion um das Buch „Geschichte der Gewerkschaftsbewegung“, in: Das Argument 116, 1979
- Kendall, W., The Revolutionary Movement in Britain 1900 - 21, London 1971
- Lorenz, Richard, Sozialgeschichte der Sowjetunion 1, 1917 - 1945, Frankfurt am Main 1976
- Mandel, Ernest, Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewußtseins, in: Lenin. Revolution und Politik, Frankfurt am Main 1970
- Neusüß, Christel, Produktivkraftentwicklung, Arbeiterbewegung und Schranken sozialer Emanzipation – entwickelt anhand der Rationalisierungsdebatte der 20er Jahre, in: Probleme des Klassenkampfes 31/1978, S. 75 ff.
- Oehlke, Paul, Grundzüge der Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa, Argument Sonderband 2, Berlin (West) 1974, S. 65 ff.
- Pirker, Theo, Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik, Berlin (West) 1979
- Rude, George, Die Volksmassen in der Geschichte. England und Frankreich 1730 - 1848, Frankfurt am Main 1977
- Scharrer, Manfred, Arbeiterbewegung im Obrigkeitsstaat, Berlin (West) 1976
- Soboul, Albert, Kurze Geschichte der französischen Revolution, Berlin (West) 1977
- Spohn, Willfried, Thesen zum historischen Verhältnis von Marxismus und Arbeiterbewegung, in diesem Heft
- Steinberg, Hans-Josef, Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie, Bonn/Bad Godesberg 1972
- Streeck, Wolfgang, Gewerkschaftsorganisation und industrielle Beziehungen, Beitrag zum 19. Soziologentag, April 1979
- Thompson, E. P., The Making of the English Working Class, London 1965
- Trentin, Bruno, Arbeiterdemokratie. Gewerkschaften, Streiks, Fabrikräte, Hamburg 1978
- Vester, Michael, Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß, Frankfurt am Main 1970